

# Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

## Allgemeines

### Generalversammlung:

#### 64. Tagung 2009/2010

- Menschenrecht auf Wasser anerkannt
- Weitere Ausgestaltung von ›UN Women‹
- Gaddafis erste (und letzte) Rede

Anja Papenfuß

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Anja Papenfuß, Generalversammlung: 63. Tagung 2008/2009, VN, 3/2010, S. 127ff., fort.)

Die 64. Ordentliche Tagung der **Generalversammlung** der Vereinten Nationen wurde am 15. September 2009 vom Präsidenten der Generalversammlung Ali Abdussalam Treki aus Libyen am Amtssitz in New York eröffnet. In seiner Rede rief er die Mitgliedstaaten auf, sich stärker um eine Lösung des Nahost-Konflikts zu bemühen, auf die Abschaffung aller Kernwaffen hinzuarbeiten und die Reform der Organisation voranzubringen. Die Tagung brachte insgesamt nur wenige politische Errungenschaften hervor. Der überwiegende Teil der Resolutionen und Beschlüsse wurde routinemäßig und ohne größere Änderungen zu den Vorjahresresolutionen verabschiedet. Zu den wichtigsten Beschlüssen dieser Tagung zählen die Anerkennung des Menschenrechts auf Wasser und Sanitärversorgung und die weitere Ausgestaltung der neuen UN-Frauen- und Genderorganisation ›UN Women‹.

Der Hauptteil der 64. Tagung endete, wie üblich, am 24. Dezember. Der zweite Teil begann am 22. Januar 2010 und endete am 13. September 2010. Die Staatenvertreter diskutierten und entschieden in den zwölf Monaten über Fragen anhand von 171 Tagungsordnungspunkten. Sie verabschiedeten dabei insgesamt 301 Resolutionen und 84 Beschlüsse. Taiwan versuchte nach 16 gescheiterten Versuchen nicht mehr, die Frage seiner UN-Mitgliedschaft auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Es begründete diesen Schritt mit verbesserten Beziehungen zur Volks-

republik China. Den Delegierten lagen insgesamt 912 Dokumente vor, rund 50 Dokumente weniger als im Vorjahr.

### Generaldebatte

Die Generaldebatte bildet immer den Auftakt der Generalversammlung. In diesen sechs bis zehn Tagen haben die Staats- und Regierungschefs sowie Außenminister aller 192 Mitgliedstaaten die Gelegenheit, in jeweils 15 Minuten ihre Haltung zu internationalen Fragen kundzutun. Die Debatte begann wie üblich an einem Dienstag (23. September) und endete am 29. September. Über einhundert Staats- und Regierungschefs hielten Reden vor dem Plenum.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon eröffnete die Generaldebatte. Er verwies auf die hoffnungsvoll stimmenden Ergebnisse des Klimagipfels, den er am Tag zuvor in New York einberufen hatte und an dem knapp 100 Staats- und Regierungschefs teilgenommen hatten, sowie auf das Treffen des Sicherheitsrats am 24. September – ebenfalls auf Ebene der Staats- und Regierungschefs – zum Thema nukleare Abrüstung. Diese beiden Themen, Klimawandel und nukleare Abrüstung, seien auch Schwerpunkte seiner Arbeit als Generalsekretär, seien es doch Themen, bei denen ein dringender Handlungsbedarf bestünde. Der Ständige Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen Thomas Matussek nahm in seiner Rede diese beiden Themen ebenfalls als wichtige Eckpunkte auf und bekräftigte, wie in den Jahren zuvor alle deutschen Botschafter, Deutschlands Streben nach einem ständigen Sitz in einem reformierten Sicherheitsrat (Rede: VN, 6/2009, S. 279ff.). Deutschland war bei der Generaldebatte weder mit einem Staatsoberhaupt noch mit einem Regierungschef noch mit einem Außenminister vertreten und musste, gemäß der Geschäftsordnung, daher mit einer Rede am Ende der Generaldebatte, konkret am vorletzten Tag kurz vor 21 Uhr, vorlieb nehmen. Außenminister Frank-Walter Steinmeier befand sich damals im Bundestagswahlkampf und Bundeskanzlerin Angela Merkel reiste zwar in die USA, aber nicht nach New York, sondern zum G-20-Gipfel nach Pittsburgh.

Zu den öffentlichkeitswirksamsten Auftritten während der 64. Tagung zählten die erste Rede des libyschen Staatschefs Muammar al-Gaddafi, die Jungfernrede des amerikanischen Präsidenten Barack Obama sowie die erste Rede seit 53 Jahren der britischen Königin Elisabeth II. In der ersten (und letzten) Rede in seiner 40-jährigen Regentschaft zerriss der libysche Staatschef das Deckblatt der UN-Charta, um zu unterstreichen, dass er, abgesehen von der Präambel, die Charta nicht akzeptiere. In seiner anderthalb Stunden dauernden Tirade forderte er unter anderem 77,7 Billionen US-Dollar Kompensation für die Kolonisierung Afrikas und bezeichnete den Sicherheitsrat als ›Terrorrat‹. Einzig seinem Vorredner, dem neuen amerikanischen Präsidenten Barack Obama, stellte er ein gutes Zeugnis aus: Er sei ein Hoffnungsschimmer in dunklen Zeiten. Der so Gelobte machte in seiner Rede als Vertreter des Gastlands deutlich, dass sich sein Land wieder stärker dem Multilateralismus zuwenden würde. Als Belege dafür führte er an, dass die USA ihre Beitragsrückstände beglichen hätten und wieder konstruktiv als Mitglied im Menschenrechtsrat mitarbeiten würden. Er nannte vier Prioritäten amerikanischer multilateraler Politik: nukleare Abrüstung, Lösung des Nahost-Konflikts, Klimaschutz und eine gerechtere Weltwirtschaft. Die Queen lobte die Organisation in ihrer Rede am 6. Juli 2010 als eine »ernst zu nehmende Kraft für das Gemeinwohl«. Viele Vertreter von Entwicklungsländern nahmen in ihren Reden Bezug auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und deren gravierende Folgen für ihre Länder. Sie beklagten, dass die meisten Vorschläge zur Bewältigung der Krise keine Hilfe für Länder mit niedrigen Einkommen darstellten.

### Arbeitsweise

Die auf den vergangenen Tagungen immer wieder neu eingesetzte offene *Ad-hoc*-Arbeitsgruppe für die Neubelebung der Generalversammlung wurde ein weiteres Mal verlängert (A/RES/64/301). Verbesserungen der Arbeitsweise waren im Berichtszeitraum nicht zu verzeichnen. Seit

Jahren gelingt es dem Gremium aufgrund der Vielzahl an Partikularinteressen nicht, weitreichende Reformen durchzusetzen. Neuerungen der letzten Jahre waren die Einführung interaktiver thematischer Aussprachen, regelmäßige Treffen der Präsidenten der Generalversammlung, des Sicherheitsrats und des Wirtschafts- und Sozialrats untereinander sowie die Behandlung einiger Themen im Zwei- oder Dreijahresrhythmus. In der Resolution fordert die Generalversammlung die Mitgliedstaaten daher auf, weitere Vorschläge zur Straffung der Agenda und zur Streichung von Tagungsordnungspunkten zu machen.

### Reform

Aufbauend auf Resolution 63/311 vom 13. September 2009, mit der die Schaffung einer neuen UN-Frauen- und Genderorganisation beschlossen worden war, legte das Staatenvertretergremium rund ein Dreivierteljahr später in den Absätzen 49 bis 90 der Resolution 64/289 nun die Aufgaben und Strukturen der Organisation fest. Die Organisation vereint in sich die bis dahin bestehenden vier frauenspezifischen Institutionen des UN-Systems: das Büro der Sonderberaterin für Gleichstellungsfragen und Frauenförderung (OSAGI), die Abteilung Frauenförderung im Sekretariat (DAW), den Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM) sowie das Internationale Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau (INSTRAW). Die neue Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen, genannt ›UN Women‹, sollte am 1. Januar 2011 ihre Arbeit aufnehmen. Die Leitung hat eine Untergeneralsekretärin inne. Die beiden Hauptaufgaben der Einheit sollen die Norm- und Standardsetzung auf der einen Seite und operative Tätigkeiten im Feld auf der anderen Seite sein. Die normative Arbeit wird aus dem ordentlichen Haushalt finanziert, die Feldarbeit aus freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten.

### Abrüstung

Im Bereich Abrüstung gab es auf zwei Gebieten Fortschritte zu verzeichnen. Zum einen in Bezug auf den Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen (FMCT) und zum anderen beim Übereinkommen über den

Waffenhandel, dem sogenannten Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty).

Am 24. September 2009 hatte sich der Sicherheitsrat auf Ebene der Staats- und Regierungschefs getroffen, um über nukleare Abrüstung zu debattieren. In der aus diesem Treffen hervorgegangenen Resolution 1887 fordert der Sicherheitsrat die Genfer Abrüstungskonferenz auf, so bald wie möglich Verhandlungen über den FMCT aufzunehmen. Die Generalversammlung schloss sich dieser Forderung am 2. Dezember 2009 in Resolution 64/29 an. Die Verhandlungen über die endgültige Ausgestaltung des Vertrags sollten eigentlich schon im Jahr 1996 begonnen haben, scheiterten aber immer wieder an unüberbrückbaren Differenzen wichtiger Mitgliedstaaten.

Die seit Ende 2006 laufenden Bemühungen der UN-Mitgliedstaaten (siehe A/RES/61/89), zu einem Waffenhandelsvertrag zu kommen, wurden während der 64. Tagung konkretisiert. Die Generalversammlung beschloss, für das Jahr 2012 eine vierwöchige Konferenz einzuberufen, auf der ein verbindliches Übereinkommen ausgearbeitet werden soll (A/RES/64/48).

### Menschenrechte

Am 28. Juli 2010 erkannte die Generalversammlung das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung an. Auch wenn diese Anerkennung die UN-Mitgliedstaaten nicht rechtlich bindet, ergänzt die explizite Anerkennung des Rechts den bestehenden Menschenrechtskanon; kein Staat der Welt kann nunmehr die Existenz dieses Rechts leugnen (zu den weiteren Konsequenzen siehe Beate Rudolf, VN, 5/2010, S. 204).

Aus Anlass des 20. Jahrestags der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention und mit dem Ziel, die Umsetzung der Konvention zu verbessern, verabschiedete die Generalversammlung die sogenannten Leitlinien für alternative Formen der Betreuung von Kindern. Die 167 Absätze umfassenden Leitlinien geben Rahmenbedingungen vor, wie die Betreuung von Kindern zu organisieren sei, die ohne elterliche Fürsorge aufwachsen oder die in Gefahr sind, diese zu verlieren (A/RES/64/142).

Die Empfehlung des Menschenrechtsrats, aufgrund der hohen Arbeitsbelastung ein Büro des Präsidenten des Menschenrechtsrats einzurichten, wurde von der

Generalversammlung positiv aufgenommen. Der Rat soll sich im Rahmen seiner Fünf-Jahres-Überprüfung im Jahr 2010 dieser Frage widmen (A/RES/64/144).

Des Weiteren erkannte die Generalversammlung mit Resolution 64/290 das Recht auf Bildung in Notsituationen an. Damit nahm sie zur Kenntnis, dass ein Großteil der Kinder, die nicht zur Schule gehen, in Konflikt- und Katastrophenregionen lebt. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um das Recht auf Bildung unter allen (widrigen) Umständen zu gewährleisten.

Angesichts der Tatsache, dass der Menschenhandel, insbesondere der Frauen- und Kinderhandel, die Menschenwürde, Menschenrechte und die Entwicklung ernsthaft bedroht, verabschiedete die Generalversammlung den Weltaktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels (A/RES/64/293). Darin wird eine verstärkte koordinierte Zusammenarbeit über Grenzen hinweg gefordert, um den Handel einzudämmen. Schwerpunkte sind die Verhütung des Menschenhandels, Schutz und Hilfe für die Opfer, Strafverfolgung und die Stärkung von Partnerschaften.

Resolutionen zu schwierigen Menschenrechtssituationen in einzelnen Ländern ergingen, wie im Vorjahr, zu Iran, Myanmar und Nordkorea.

### Haushalt

Am 24. Dezember 2009 billigte die Generalversammlung für den Zweijahreszeitraum 2010–2011 einen ordentlichen Haushalt von 5,156 Mrd. US-Dollar. Damit stieg das Budget im Vergleich zum vorherigen Haushalt um knapp eine Milliarde US-Dollar (2008–2009: 4,171 Mrd. US-Dollar). Mittelzuwächse waren für alle Bereiche zu verzeichnen, die größten jedoch für den Bereich Politische Angelegenheiten, dessen Budget mehr als verdoppelt wurde (von 495 Mio. auf 1,1 Mrd. US-Dollar). Weitere starke Zuwächse gab es für die Bereiche Menschenrechte (von 117 auf 142 Mio. US-Dollar) sowie Sicherheit (von 197 auf 239 Mio. US-Dollar).

Mit Resolution 64/248 billigte das Staatenvertretergremium ferner den Beitragsschlüssel für den ordentlichen Haushalt für die Jahre 2010 bis 2012, änderte jedoch, wie von einigen Mitgliedstaaten gefordert, die Berechnungsmethode nicht (Beitragsschlüssel: VN, 2/2010, S. 78f.).

Eine Überprüfung der Methode solle aber noch vor Ende der 66. Tagung erfolgen. Auch für die Prüfung der Berechnungsmethode des Beitragsschlüssels für den Friedenssicherungshaushalt wurde eine Frist vereinbart: Sie soll spätestens bis zur 67. Tagung durchgeführt werden (A/RES/64/249). (Näheres zum Haushalt siehe Julian Pfäfflin/Jörg Stosberg, VN, 2/2010, S. 80ff.)

Die Generalversammlung billigte auch den Haushalt für die 15 bestehenden Friedenssicherungsmissionen, die Versorgungsbasis in Brindisi und den Friedenssicherungs-Sonderhaushalt für den Zeitraum 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011. Der Haushalt sank von 7,75 Mrd. US-Dollar des Vorjahrs auf 7,2 Mrd. US-Dollar. Die größten Mittelzuweisungen erhielten wieder die Hybridmission in Darfur (UNAMID) mit 1,82 Mrd. US-Dollar und die Mission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) mit 1,37 Mrd. US-Dollar (GA/10955 v. 24.6.2010).

### Verwaltung

Als eine (späte) Reaktion auf die Unregelmäßigkeiten und Korruptionsfälle um das ›Öl-für-Lebensmittel‹-Programm (Irak-Sanktionen) billigte die Generalversammlung den Aufbau eines neuen, strengeren Rechenschaftssystems für das UN-Sekretariat. Ziel sei, »auf allen Sekretariatssebenen eine Kultur der Rechenschaftslegung, des ergebnisorientierten Managements, des organisationsweiten Risikomanagements und der internen Kontrollen zu fördern«, so Resolution 64/259.

In Anlage I der Resolution 64/119 genehmigte die Generalversammlung die Verfahrensordnung des Gerichts der Vereinten Nationen für dienstrechtliche Streitigkeiten und in Anlage II die Verfahrensordnung für das Berufungsgericht der Vereinten Nationen. Damit ist die Reform der internen Rechtspflege, die im Jahr 2006 begann, weitestgehend abgeschlossen.

### Rechtsfragen

In Bezug auf den Gaza-Krieg 2008/2009 forderte die Generalversammlung am 5. November 2009 Israel und die palästinensische Seite auf, innerhalb von drei Monaten Schritte für glaubwürdige und unabhängige Untersuchungen der Vorfälle einzuleiten (A/RES/64/10). Dieser Resolution stimmten 114 Staaten zu; 18 stimm-

ten dagegen, darunter Deutschland. Nach Ablauf der dreimonatigen Frist nahm die Generalversammlung den Bericht des Generalsekretärs über die Maßnahmen, die beide Seiten ergriffen haben, zur Kenntnis. Sie äußerte sich nicht zum Inhalt des Berichts, forderte aber beide Seiten erneut auf, glaubwürdige und unabhängige Untersuchungen einzuleiten. Der Generalsekretär soll in fünf Monaten Bericht erstatten (A/RES/64/254).

In Bezug auf die Frage der Rechtmäßigkeit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Kosovos vom Februar 2008 hatte Serbien die Generalversammlung gebeten, beim Internationalen Gerichtshof ein Gutachten in Auftrag zu geben. Das Gutachten legte der Gerichtshof im Juli 2010 vor. Die Generalversammlung nahm es zur Kenntnis und begrüßte die Bereitschaft der Europäischen Union, einen Dialogprozess zwischen Serbien und Kosovo einzuleiten. Im Gutachten hatten die Richter die Unabhängigkeitserklärung als nicht im Widerspruch zum Völkerrecht stehend bewertet (ausführlich zum Gutachten: Christian J. Tams/Antonios Tzanakopoulos, VN, 2/2011, S. 80ff.).

### Internationale Tage und Jahre

Die Generalversammlung verabschiedete auf der 64. Tagung insgesamt vier neue Internationale Tage und drei neue Internationale Jahre. In Anerkennung des Beitrags von Nelson Mandela zum Kampf für die Demokratie auf internationaler Ebene erklärte die Generalversammlung seinen Geburtstag, den 18. Juli, zum Internationalen Nelson-Mandela-Tag. Die Generalversammlung rief den 29. August zum Internationalen Tag gegen Nuklearversuche aus. Der 21. März wurde zum Internationalen Nouruz-Tag erklärt. Nouruz bedeutet ›neuer Tag‹. Er wird von 300 Millionen Menschen weltweit als Beginn des neuen Jahres begangen. In Anerkennung der grundlegenden Bedeutung zuverlässiger Statistiken als unentbehrliche Grundlage für fundierte politische Entscheidungen bestimmte die Generalversammlung den 20. Oktober 2010 einmalig zum Weltstatistiktag. Das ab dem 12. August 2010 beginnende Jahr wurde zum Internationalen Jahr der Jugend unter dem Motto ›Dialog und gegenseitiges Verständnis‹ erklärt. Im Rahmen dieses Jahres soll unter anderem eine Weltjugendkonferenz stattfinden.

Die Generalversammlung erklärte das Jahr 2011 zum Internationalen Jahr der Menschen afrikanischer Abstammung und das Jahr 2012 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften.

### Wahlen und Ernennungen

Wie jedes Jahr wurde die Hälfte der nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrats für eine Amtszeit von zwei Jahren neu gewählt. Die neuen Mitglieder für die Zeit vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2011 sind: Bosnien-Herzegowina, Brasilien, Gabun, Libanon und Nigeria.

Am 11. Juni 2010 wählten die Staatenvertreter per Akklamation den 64-jährigen ehemaligen Außenminister der Schweiz Joseph Deiss zum Präsidenten der 65. Generalversammlung. Das Vorschlagsrecht für die Kandidaten rotiert jährlich zwischen den (informellen) Regionalgruppen in der Versammlung. Im Jahr 2010 lag es bei der Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten (WEOG). (Vgl. Personalien, VN, 4/2010, S. 186).

### Verschiedenes

Auf das verheerende Erdbeben in Haiti vom 12. Januar 2010 reagierte die Generalversammlung zehn Tage später. Sie rief in Resolution 64/250 die Mitgliedstaaten und alle zuständigen UN-Organisationen auf, Haiti zügig, nachhaltig und angemessen beim Wiederaufbau zu unterstützen sowie vor allem dem von den UN am 15. Januar ausgerufenen Blitzappell in der Höhe von 575 Mio. US-Dollar zu entsprechen.

Mit Resolution 64/225 genehmigte die Versammlung Änderungen an der Satzung der Universität der Vereinten Nationen (UNU). Durch die Änderungen ist die UNU nunmehr befugt, unter anderem Master- und Dokortitel sowie Diplome zu verleihen und zur Finanzierung des Lehrbetriebs Studiengebühren zu erheben.

Fünf neue Organisationen erhielten den Beobachterstatus, unter anderem das Internationale Olympische Komitee und der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria.

Resolutionen und Beschlüsse der 64. Tagung der Generalversammlung, Band I: Resolutionen, Band II: Beschlüsse, 15. September bis 24. Dezember 2009, Band III: Beschlüsse und Resolutionen, 25. Dezember 2009 bis 14. September 2010, Generalversammlung, Offizielles Protokoll, 64. Tagung, Beilage 49 (A/64/49).